

19. Jahrgang, Ausgabe 2 Juli 2013

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)  
c/o CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt  
Fürstenwallstraße 17 Tel.: 0391 566680  
39104 Magdeburg E-Mail: LV@eak-sachsenanhalt.de  
Homepage: www.eak-sachsenanhalt.de

## „Gute Zeiten, Schlechte Zeiten“

### Aus dieser Ausgabe:

<b>Gute Zeiten, schlechte Zeiten</b>	1 - 2
<b>Wenn Dämme brechen</b>	3
<b>Quo vadis, Ökumene?</b>	4 - 5
<b>Anmerkungen zur Programmdiskussion</b>	5 - 6
<b>Bericht des EAK-Mansfeld-Südharz</b>	7
<b>Was ist die Ehe heute noch wert?*</b>	7 - 9
<b>Bericht zur 49. Bundestagung des EAK im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin</b>	10-11
<b>34. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Hamburg - eine individuelle Nachlese</b>	11 - 13
<b>EKD—Info zur Kirchenstatistik</b>	14

„Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ ist eine Fernsehserie mit Kultstatus. Zu sehen gibt es nichts besonderes, Liebe und Trennung, Glück und Leid in der Familie, Erfolg und Misserfolg im Beruf. Also Menschen wie Sie und ich – im Auf und Ab des Alltags. Viele Zuschauer finden sich in dem wieder, was bei „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ geschieht. Jede Lebensgeschichte kennt gute und schlechte

Zeiten. Schlechte Zeiten können schon lästig sein! Beides, gute sowie schlechte Zeiten gehören aber zu unserem Leben. Die Frage ist: „Wie gehen wir damit um?“ Es gibt Menschen, für die sind gute Zeiten, wenn eine Predigt im Gottesdienst nicht länger als 15 Minuten dauert.

Schlechte Zeiten fangen an, wenn es mehr als 15 Minuten sind. Gottesdienst zu feiern heißt auch, alle guten und schlechten Erlebnisse aus der Woche mitzubringen. Bei der Serie „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ kann man sehr schön sehen, wie Menschen normalerweise mit dem Wechselbad zwischen guten und schlechten Zeiten umgehen. Sie versuchen mit all ihren Mitteln, auch mit Intrigen und falschen Versprechungen die guten Zeiten herbei zu zwingen. Hauptsache ist – ich selbst werde und bin glücklich. Der Weg dahin ist nicht wichtig. Wie gehen aber wir Christen mit schlechten Zeiten um? Sind wir dankbar dafür? Ist die Ansicht wirklich richtig, dass wenn man nur richtig

glaubt und Gott vertraut, dass es dann gar keine schlechten Zeiten geben kann oder doch? Die Bibel sagt uns das sehr deutlich. Im Psalm 31 steht: „Herr erbarme dich über mich, denn ich weiß weder aus noch ein! Meine Augen sind vom Weinen ganz verquollen, ich bin mit meiner Kraft am Ende. Unter Kummer schwindet mein Leben dahin, in Seufzen vergehen meine Jahre. Meine Schuld verzehrt alle



Kräfte und lähmt meine Glieder. Zum Spott meiner Feinde bin ich geworden, selbst meine Nachbarn verhöhnen mich. Meine Bekannten erschrecken, wenn sie mich erblicken, und wer mir auf der Straße begegnet, geht mir aus dem Weg. Viele haben mich längst vergessen wie einen Toten, den man begraben hat; wie ein zer-

brochenes Gefäß bin ich, das achtlos weggeworfen wurde. Ich merke, wie sie hinter meinem Rücken tuscheln. Sie wollen mir Angst einjagen und tun sich zusammen, um mich aus dem Weg zu räumen.“ Wenn man diese Zeilen im Psalm 31 liest, wird einem klar, das sind schlechte Zeiten. Der Verfasser des Psalms ist am Ende, er wird zu Boden gedrückt von Schuldgefühlen und von Feinden, die ihn lieber heute als morgen aus dem Weg räumen möchten. Auch wenn wir an Gott glauben, können uns schlechte Zeiten treffen. Das wissen wir aus eigener Erfahrung. Der Beter von Psalm 31 hat dafür folgende Antwort gefunden: „Ich aber, Herr, vertraue dir.

## „Gute Zeiten, Schlechte Zeiten“

**„Ich aber, Herr,  
vertraue dir. Du  
bist mein Gott,  
daran halte ich  
fest! “**

Du bist mein Gott, daran halte ich fest! Was die Zeit auch bringen mag, es liegt in deiner Hand.“ Trotz seiner schlechten Zeiten vertraute er Gott. Er hält an seinem Glauben fest, auch wenn sich dadurch scheinbar nichts ändert. Denn er weiß: „Meine Zeit steht in deinen Händen.“ Das ist das Entscheidende, egal ob es gute oder schlechte Zeiten sind: „Gott hält alles in seiner Hand“. Gott ist bei uns in guten und schwierigen Zeiten. Meine Zeit mit all dem Schönen und Guten, das ich erleben darf, steht in Gottes Hand. Gott hält mich auch in den weniger schönen und schwierigen Zeiten. Ein kurzer Rückblick in unserem Leben lässt uns erkennen, dass Gott auch in scheinbar schwierigen Zeiten bei uns war. Auch wenn wir seine Gegenwart nicht gefühlt haben, so stellen wir im Nachhinein fest: Er war da, er hat mich getragen, er hat mich auch durch die schlechten Zeiten hindurch geführt. Gott hat mir die notwendige Kraft gegeben zum Durchhalten. Wir alle kennen die Worte, die bei einer Hochzeit vom Pfarrer an das Brautpaar gestellt werden: „Wirst du ihm treu bleiben, in guten wie in schlechten Zeiten“. Mit unserem Glauben an Gott ist es genauso. Es gibt Zeiten, in denen glauben wir, alles ist toll, Friede, Freude, Eierkuchen. Es gibt Zeiten da rückt der Glaube etwas in den Hintergrund, wird eher Pflicht. Die Menschen schreien nach Gott in schlechten Zeiten. Aber in guten Zeiten, kennen sie Gott kaum noch oder vergessen ihn ganz. Es gibt Abschnitte in unserem Leben, da fühlen wir uns Gott sehr nah, können ihn greifen. Aber es gibt auch Zeiten, in denen er sich fern und fremd anfühlt. Trotzdem können wir uns sicher sein, Gott ist da. Er rennt nicht davon und ist auch nicht im Urlaub. Wir haben eine Beziehung zu Gott, die nur gelingen kann, wenn wir ihm treu bleiben. Treu bleiben bedeutet, in guten Tagen, an denen wir dankbar und fröhlich sind, sowie in schlechten, an

denen wir nicht so genau wissen, wofür wir eigentlich dankbar sein sollen und schwermütig sind an Gott zu hängen. Unser Gebet, ist schon ein Treuebeweis, dass wir glauben. In schwierigen Zeiten sollten wir nie vergessen, dass es auch einmal anders war. Wenn wir um die guten Zeiten wissen, können wir die schlechten Zeiten meistern.

Manuel Rupsch

## „Wenn Dämme brechen“

Im Jahr 2002 suchte die Elbanrainer eine Flut heim, die als Fünfhundertflut bezeichnet wurde. Im Jahr 2013 traf es Sachsen-Anhalt erneut mit deutlich höheren Pegelständen und auch deutlich größeren Schäden als 2002.

Zweifelsfrei ist seit 2002 sehr viel getan worden. Ca. 500 Millionen Euro wurden in Deichreparatur, Neubau und Ertüchtigung von Deich- und Wasserschutzanlagen und auch Deichrückverlegungsmaßnahmen investiert. Es ist auch 2013 an keiner Stelle ein DIN-gerechter Deich gebrochen.

Der Katastrophenschutz funktionierte weitgehend professionell.

Die Hilfsbereitschaft vieltausender

Freiwilliger war beeindruckend.

Ganz Deutschland hilft über den inzwischen beschlossenen Katastrophenfonds in Höhe von ca. 8 Milliarden Euro.

Die Lehren dieser Flut werden in ein zu überarbeitendes Hochwasserschutzkonzept einfließen. Wir werden aber auch wieder neu darüber

nachdenken müssen, was es bedeutet, wenn Dämme brechen. Bei aller möglichen Vorsorge, wird die Grenze jeder möglichen Vorsorge aufgezeigt. Die Existenzfrage stellt sich erneut materiell und ideell. Worauf können wir uns verlassen? Was hält, wenn Dämme brechen?

Die Bibel kennt viele Geschichten, in denen die Menschen Antworten auf diese Frage suchen. Es ist übrigens etymologisch falsch, das deutsche Wort „Sintflut“ mit dem Wort „Sünde“ zu verbinden. Das deutsche Wort „Sintflut“ ging aus

mittelhochdeutsch sin(t)vluot, althochdeutsch sin(t)fluot hervor, das so viel

wie „immerwährende Überschwemmung“ bedeutet, es hat also nichts mit dem Wort „Sünde“ zu tun. Die germanische Vorsilbe „sin“ bedeutet „immerwährend, andauernd, umfassend“ und wurde seit dem 13. Jahrhundert volksetymologisch zu „Sünd“ umgedeutet. Der Begriff „Sündflut“ wurde so in einer Reihe von Drucken bis ins 18. Jahrhundert verwendet. <sup>(1)</sup>

Die Bibel kennt Geschichten der Vorsorge und des guten Haushaltens. Wer jetzt schon sein Erbe verprasst, hat später nichts mehr zu erwarten. Heute sprechen wir von der Notwendigkeit nachhaltiger Entwick-

lung. So kann uns diese Flut lehren, die Flusslandschaft Elbe als vom Menschen geformte und zu formende Kulturlandschaft nachhaltig zu entwickeln. Bundestag und Landtage werden diesen Gedanken zukünftig gewiss stärker in Gesetzen verankern. Und jeder Bürger wird sich nach seinem eigenen Beitrag zu einem nachhaltigen Lebensstil

fragen müssen.

Als Christen werden wir aber auch immer wissen müssen: Wir Menschen können und brauchen nicht alles selbst zu können. Ohne Gottvertrauen wird es nicht gehen.

Jürgen Scharf

(1) Wikipedia vom 24.06.2013



**„Ca. 500 Millionen Euro wurden in Deichreparatur, Neubau und Ertüchtigung von Deich- und Wasserschutzanlagen und auch Deichrückverlegungsmaßnahmen investiert.“**

## „Quo vadis, Ökumene?“

„Sollte ein Papst aus dem Land der Reformation nicht ein besonderes Interesse an der Einheit mit der evangelischen Kirche haben?“

Was für ein Paukenschlag – der Papst tritt zurück! Über 700 Jahre ist es her, dass zuletzt ein Pontifex sein Amt niedergelegt hatte. Nur kurze Zeit darauf folgte die nächste Sensation: „Habemus Papam [...] cardinalem Bergoglio, qui sibi nomen imposuit Franciscum.“ Der neue Papst ist Argentinier und er nennt sich Franziskus! Nachdem sich die erste Überraschung gelegt hatte, wurden schnell Wünsche und Hoffnungen laut, die an das neue Oberhaupt von 1,2 Mrd. Katholiken gestellt wurden. Bereits in den Tagen vor dem Konklave wurde intensiv über die drängenden Probleme der katholischen Kirche gesprochen. Seither sind einige Monate vergangen, sodass nun mit etwas Abstand sowohl zurück wie auch nach vorn geblickt werden kann. Aus evangelischer Perspektive interessiert dabei besonders die Frage, wie es um die Ökumene steht. Groß waren die Erwartungen, die an Benedikt XVI. geknüpft worden sind. Sollte ein Papst aus dem Land der Reformation nicht ein

besonderes Interesse an der Einheit mit der evangelischen Kirche haben? Wer auf den großen Wurf gehofft hatte, ist sicherlich enttäuscht worden. Ein gemeinsames Abendmahl ist nach wie vor undenkbar und auch in anderen Fragen, z.B. des Zölibats oder der Ordination von Frauen, liegt eine Einigung noch in weiter Ferne.

Was hat also das Pontifikat Benedikts gebracht? War es insgesamt doch eine vertane Chance? Ich denke nicht, dass der ökumenische Dialog ins Stocken geraten ist. Der Besuch Papst Benedikts in Deutschland hat gezeigt, dass ihm die Ökumene ein Herzensanliegen war. Das gemeinsame Treffen mit Vertretern der EKD in Erfurt und das gemeinsame Gebet im Augustinerkloster – an der Wirkungsstätte Luthers – haben deutlich gemacht, dass Katholiken und Protestanten viel mehr eint als trennt. Das große Verdienst Benedikts liegt genau darin,

dass er die Gemeinsamkeiten stets stärker als die Unterschiede betont hat. In Erfurt lobte er daher Martin Luther als einen „leidenschaftlichen Theologen“. Im anschließenden Gebet ging er schließlich noch weiter auf die evangelische Kirche ein und sagte: „Es ist für mich der große ökumenische Fortschritt der letzten Jahrzehnte, dass uns diese Gemeinsamkeit bewusst geworden ist, dass wir sie im gemeinsamen Beten und Singen, im gemeinsamen Eintreten für das christliche Ethos der Welt gegenüber, im gemeinsamen Zeugnis für den Gott Jesu Christi in dieser Welt als unsere gemeinsame,



unverlierbare Grundlage erkennen.“ Für Benedikt war damit eine wichtige Grenze des ökumenischen Dialogs erreicht, die er nicht überschreiten wollte. Es bleibt daher die Frage, ob Papst Franziskus noch weiter auf die Protestanten zugehen wird und Neues wagt? Ob er über die Grenze seines Vorgängers hinaus gehen wird, ist allerdings fraglich. Ähnlich wie Benedikt ist er ein konservativer Theologe,

sodass revolutionäre Neuerungen wohl ausbleiben werden. Dennoch sind mit Franziskus neue Chancen der Annäherung verbunden. Besonders seine herzliche und freundliche Art kann helfen, Verkrustungen aufzubrechen und Gräben zu überwinden. Auch trägt Franziskus nicht die Last auf seinen Schultern, aus dem Land der Reformation zu kommen. Vielen in Europa und in Deutschland ist Franziskus unbekannt, sodass er frei von Vorurteilen neue Impulse setzen kann. Möglicherweise wird der ökumenische Dialog in Zukunft aber auch eine weniger prominente Stellung einnehmen, da Franziskus als Lateinamerikaner neue Schwerpunkte außerhalb Europas setzen wird. Für viele evangelische Christen in Deutschland mag dies ernüchternd klingen. Nur Beten – mehr wollen die Katholiken nicht mit uns zu tun haben?

## „Quo vadis, Ökumene?“

Diesem Eindruck widerspreche ich ganz entschieden. Es ist nicht nur das Gebet, sondern gerade das Gebet. Das Gebet ist ein Kernelement des Christentums. Christus selbst hat uns das Beten gelehrt (Mt 6,5-15). Das gemeinsame Gebet ist daher gar nicht hoch genug einzuschätzen. Ich denke, dass genau dies im ökumenischen Dialog sehr wichtig ist. Der gemeinsame Glaube muss im Mittelpunkt stehen — das gemeinsame Zeugnis Jesu Christi. Gemeinsames Beten ist dafür ein sehr kraftvolles Zeichen, das Benedikt XVI. in Erfurt mit den deutschen Protestanten gefunden hat. Eine gemeinsame Struktur, die äußere, sichtbare Einheit der Kirche, kann es erst geben, wenn die wahre Einheit im Glauben gefunden worden ist. Diese kann aber nicht aufdiktiert werden, sondern muss von innen her wachsen. Als gläubige Christen dürfen wir darauf vertrauen, dass der Heilige Geist uns auf diesem gemeinsamen Weg hin zur Einheit begleiten und führen wird. Jesus hat vor seiner Festnahme Gott um die

Einheit gebeten: „Heiliger Vater, erhalte sie in deinem Namen, den du mir gegeben hast, dass sie eins seien wie wir.“ (Joh 17,11). Dies ist der leitende Auftrag aller Ökumene.

Dabei sollten wir beachten, dass es nicht um die kirchliche Einheit geht, die nur äußerlich ist, sondern die Einheit im Glauben ist das Ziel. Christus betet für die Einheit aller Christen. Auf seine ständige Fürsprache dürfen wir vertrauen.

Wahre Einheit entsteht im Gebet mit- und füreinander. Diesen ökumenischen Dienst kann jeder Christ übernehmen. Seien wir uns daher bewusst, dass die Einheit aller Christen ein Geschenk Gottes an seine Kirche ist. Seien wir daher dankbar und wachsam im Gebet.

Florian Zobel

„Das Gebet ist ein Kernelement des Christentums.“

## „Anmerkungen zur Programmdiskussion“

Eine Volkspartei wie die CDU muss den Anspruch haben, eine Programmpartei zu sein, eine Partei, die Vorstellungen hat, wie unsere Gesellschaft gestaltet werden soll. Bürgerinitiativen und „Einpunktparteien“ können und wollen oft diesen Anspruch gar nicht erheben. Die CDU muss deshalb die Latte programmatisch in anspruchsvoller Höhe auflegen, sie darf aber auch nicht der Gefahr unterliegen, die Latte so hoch zu legen, dass alle meinen so ein Programm „störe“ dann auch nicht in der Tagespolitik, weil man bequem darunter hindurch schlüpfen könne. Deshalb ist Programmarbeit unverzichtbare Selbstverständigung über den zu gehenden Weg nach innen für die Mitglieder und Qualitätsnachweis für ihre intellektuelle Gestaltungskraft nach außen für alle Politikinteressierten. Ich bedaure deshalb sehr, dass der CDU-Landesvorstand beschlossen hat, das Programm schon auf

einem Landesparteitag am 09. Oktober 2013 zu beschließen. Dieses heißt in der Konsequenz, dass alle Änderungsanträge schon am 17. September beim Landesvorstand eingegangen sein müssen. Praktisch ist die öffentliche CDU-Programmdiskussion mit dem Erscheinen dieser Ausgabe des EAK-Rundbriefes schon beendet worden. Es besteht zum weiteren die Gefahr, dass die CDU im Herbst ein Programm beschließt, dass die CDU-Landtagsfraktion mit einem Beschluss zum Haushaltsplan 2014 gegen Jahresende konterkarieren könnte. Es sei hier an die Diskussion über die zukünftige Gestaltung der Hochschullandschaft erinnert. Einige weitere inhaltliche Anmerkungen zum Stand der Diskussion seien angefügt: Der demografische Wandel (eine euphemistische Formulierung) wird dazu führen, dass wir uns darauf einstellen müssen, dass wir deutlich mehr Mitbür-

„Programmarbeit als Selbstverständigung über den zu gehenden Weg“

## „Anmerkungen zur Programmdiskussion“

**„Der demografische Wandel (eine euphemistische Formulierung) wird dazu führen, dass wir uns darauf einstellen müssen, dass wir deutlich mehr Mitbürger unter uns haben werden, die aus anderen Kulturkreisen zu uns kommen werden.“**

ger unter uns haben werden, die aus anderen Kulturkreisen zu uns kommen werden. Damit ihre Integration gelingt, brauchen wir eine ehrliche und offene Willkommenskultur. Aber Integration bedeutet auch Einforderung bestimmter Verhaltensweisen der Zuwanderer.

Nach einer bestimmten Zeit müssen sich die Menschen entscheiden, zu welchem Staatsvolk sie auf Dauer gehören wollen. Deshalb ist nach meiner Auffassung ein Angebot für eine doppelte Staatsbürgerschaft als Regelangebot der falsche Weg zu gelingender Integration. Die doppelte Staatsbürgerschaft muss weiterhin auf wohlbegründete Ausnahmen beschränkt bleiben. Die Redakteure des Programms hatten offensichtlich eine Scheu, mit Deutlichkeit zu fordern, dass alle Einwohner in Deutschland die Grundlagen unserer Verfassung uneingeschränkt zur Grundlage auch ihres Handels erheben müssen. Warum ist die Forderung weggefallen: „Von allen Anhängern muslimischer Religionsgemeinschaften erwarten wir die Einhaltung des Grundgesetzes und unserer Rechtsordnung und insbesondere eine klare Absage an jegliche Versuche, nach der Scharia in Deutschland Recht auszuüben“? Der Innenminister signalisierte auf einer, Regionalkonferenz in Magdeburg, dass man über diesen Satz noch einmal sprechen könne. An seinen Plänen zur Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft wolle er jedoch festhalten.

Die CDU bekennt sich im Programmwurf zum gegliederten Schulwesen. Dieses Bekenntnis wird jedoch gegenwärtig nicht umgesetzt, ja man erkennt noch nicht einmal ein diesbezüglich ernstes Bemühen. Mit dem vierzehnten Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt hat sie mit der gleichberechtigten Einführung der sogenannten Gemeinschaftsschule den verhängnisvollen Weg zur Einheitsschule eingeschlagen. Die für die CDU in den letzten Jahren verlorenen Wahlen in verschiedenen Bundesländern zeigen ganz klar, dass falsche Kompromisse in der Schulpolitik vom Wähler nicht hingenommen werden.

Im Programmwurf „steht die CDU zu den abgeschlossenen Staatskirchenverträgen und zum Staatsvertrag mit der jüdischen Gemeinschaft“. (Zitat grammatikalisch leicht abgeändert J. S.) Auf diesem Hintergrund ist es vollkommen unverständlich, dass das Kabinett unter Führung der CDU Anfang Mai einen Prüfauftrag erteilte, indem die Ressorts gebeten wurden, „ihre finanziellen Leistungen an die Kirchen oder andere Religionsgemeinschaften sowie ihnen nahestehende Organisationen zusammenzustellen und in Hinsicht auf die Fortführungsnotwendigkeit zu bewerten.“ Die CDU-Landtagsfraktion beschloss daraufhin am 07. Mai 2013: „Die staatlichen Leistungen für die Kirchen im Land haben Bestand. Darüber hinaus gehende Vereinbarungen sind nur einvernehmlich mit den Kirchen zu treffen und dürfen nicht in geschützte Rechtsgüter eingreifen.“

CDU-Programmdiskussion ist notwendige und spannende Selbstvergewisserung und Aufgabe. Sie ist auch ganz eng mit der Glaubwürdigkeit von Tagespolitik verknüpft. Der EAK-Landesvorstand wird rechtzeitig seine Positionen durch Änderungsanträge zum Programmwurf einbringen.

Jürgen Scharf, MdL

## „Bericht des EAK-Mansfeld-Südharz“

Im Rahmen der Diskussionen zum neuen Grundsatzprogramm diskutierte der Evangelische Arbeitskreis Mansfeld-Südharz über das Thema „Wie ist christliche Politik im 21. Jahrhundert noch möglich?“ Dazu waren Pfr. Edgar Fritsch (kath.) aus dem Kloster Helfta und Pfr. Dr. Matthias Paul (ev.) aus Mansfeld eingeladen. Im Zentrum des Abends stand die Frage, wie die CDU den Spagat zwischen einer überkonfessionell christlichen Partei einerseits und einer mehrheitsfähigen Volkspartei im konfessionslosen Raum andererseits bewältigen kann. In den Redebeiträgen wurden viele verschiedene Themen angesprochen, angefangen beim christlichen Menschenbild und der Gottesebenbildlichkeit, über die Präambel und den ersten Artikel des Grundgesetzes bis hin zu modernen Fragen der Medizinethik sowie der Wirtschafts- und Familienpolitik. Eine zentrale Aussage des Abends war, dass „ein Christ sich seiner besonderen Verantwortungen gegenüber Gott und seinem Nächsten stets bewusst sein muss“ (Pfr. Fritsch). Dies präziserte Pfr. Dr. Paul dahingehend, dass sich aus dem christlichen Glauben nicht immer klare Handlungsempfehlungen ableiten ließen, sondern dass in manchen Fragen der

Glaube auch schweige. Abschließend vertraten beide Theologen die Auffassung, dass das C ein „Qualitätsmerkmal“ sei, das die Union von allen anderen Parteien unterscheide. Der CDU komme daher eine besondere Verantwortung für das christliche Erbe unserer Heimat zu. Die CDU tue deshalb gut daran, dieses „Qualitätsmerkmal“ stets herauszustellen. Dass das C in der Union lebendig ist, müsse sich aber nicht nur in Parteitagebeschlüssen zeigen. Ein von gegenseitigem Respekt geprägter freundlicher Umgang miteinander sei genauso wichtig. Im Anschluss fand eine Mitgliederversammlung zur Neuwahl des Vorstandes statt. Der bisherige Kreisvorsitzende, Florian Zobel, wurde dabei einstimmig wiedergewählt. In seiner Rede unterstrich er die Notwendigkeit, dass der EAK seine starke Stimme in der CDU behält. Über die Ziele seiner Arbeit sagte Zobel mit Blick auf die Bundestagswahl: „Mein wichtigstes Ziel ist, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt!“

Florian Zobel

**„Der CDU komme daher eine besondere Verantwortung für das christliche Erbe unserer Heimat zu.“**

## „Was ist die Ehe heute noch wert?“

Vor einigen Wochen hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt, dass das Ehegattensplitting auch auf eingetragene Lebenspartnerschaften auszudehnen sei. Damit gingen die obersten Richter aus ihrer Sicht einen weiteren Schritt in Richtung „Gleichberechtigung“. Während linke Parteien – obwohl sie gleichzeitig für eine Abschaffung des Ehegattensplittings sind – jubelten, ist unter Konservativen die Frage laut geworden, worin denn noch der besondere Schutz der Ehe besteht, wenn doch alles gleich sein soll?

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben in Art. 6 Abs. 1 unserer Verfassung niedergeschrieben: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“ Aber

was heißt dies heute, 64 Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes? Sicherlich ist die Welt heute eine andere. 1949 lag Deutschland in Trümmern. Die Schrecken des Krieges lagen erst wenige Jahre zurück. Viele Menschen waren vertrieben worden und hatten ihre Heimat verloren. Einige aber waren noch in sowjetischer Gefangenschaft und sind erst Jahre später wieder nach Hause zurückgekehrt. Heute leben wir in einem freien Land mitten in Europa. Der Kalte Krieg ist längst Geschichte und durch die moderne Technik ist es heute problemlos möglich, mit Menschen vom anderen Ende der Welt zu kommunizieren. Unsere Wirtschaft ist global vernetzt und wir haben in vielen Ländern Europas eine einheitliche Währung. Auch unsere deutsche Gesellschaft hat sich verändert.

**„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“**

## „Was ist die Ehe heute noch wert?“

„Die Interessen der absoluten Mehrheit der Menschen in Deutschland müssen im Mittelpunkt der Politik stehen.“

Aus Gastarbeitern wurden Nachbarn. Multi-Kulti ist in vielen großen Städten zu finden. Aber auch die 68er-Bewegung und die sexuelle Revolution der Folgezeit haben unsere Gesellschaft geprägt. Abtreibungen beispielsweise gehören zum Alltag genauso wie Scheidungen und die Zahl der unehelichen Geburten liegt mittlerweile in Sachsen-Anhalt bei 60%. Mancherorts klingen Begriffe wie „Ehe und Familie“ daher wie Reliquien aus längst vergangener Zeit, denen die Bedeutung abhanden gekommen ist. Es ist daher nicht überraschend, dass es politische Bestrebungen gibt, dem Begriff der Ehe eine moderne und „zeitgemäße“ Bedeutung zu geben und gleichredend auch das traditionelle Familienbild radikal zu verändern.

Um es ganz klar zu sagen. Ich bin tolerant gegenüber allen Lebensformen und respektiere die jeweils persönliche Entscheidung das eigene Leben auf diese oder jene bestimmte Weise zu leben. Es geht mir nicht darum, irgendein wie auch immer geartetes moralisches Urteil zu fällen oder bestimmte Lebensentwürfe oder Familienkonzepte zu brandmarken. Die Freiheit der Person ist ein hohes Gut, das unsere Verfassung jedem Menschen garantiert. Der Schutz von Ehe und Familie ist aber ein ebenso hohes Gut unserer Verfassung. Wenn dieses aber von einigen Minderheiten unserer Gesellschaft angegriffen wird, um so spezielle Eigeninteressen gegen die Mehrheit durchzusetzen, so wende ich mich ganz entschieden dagegen. Ich finde es sehr wichtig, dass Ehe und Familie nicht in zwei getrennten Artikeln des Grundgesetzes behandelt werden, sondern dass sie in einem Artikel zusammengefügt worden sind. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates haben so eine weise Entscheidung getroffen, indem sie Ehe und Familie miteinander verknüpften. Die Besonderheit der Ehe lässt sich nur daraus verstehen, dass sie auf die Familie hin geordnet ist, und die Stabilität und Frucht-

barkeit der Familie kann durch eine Ehe erhöht werden.

Geht man noch ein Stück weiter zurück in der Geschichte und schaut in die Verfassung der Weimarer Republik, so findet man dort eine ähnliche Formulierung:

„Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.“ (Art. 119 Abs. 1 WRV) Es ist unbestritten, dass dieser Artikel das Fundament unseres heutigen Artikels 6 bildet.

Das Grundgesetz hat sogar teilweise Artikel der Weimarer Verfassung übernommen, so zur Trennung von Staat und Kirche (GG Art. 140), sodass davon auszugehen ist, der besondere Schutz von Ehe und Familie aus GG Art. 6 auch mit WRV Art. 119 näher beleuchtet werden kann. Bemerkenswert ist hieran ebenfalls, dass die Ehe auf das Familienleben und damit verbunden auf die „Erhaltung und Vermehrung der Nation“ ausgerichtet ist. Ebenso wichtig ist der Hinweis, dass „beide Geschlechter“ wesentlich zur Ehe beitragen und somit typisch für die Ehe sind. Gerade mit Blick auf den Rückgang der Geburten und den damit verbundenen großen demografischen Problemen, halte ich es für eine wichtige Einsicht, dass Kinder nicht nur das private Hobby weniger Menschen sein können, sondern dass der Staat als Ganzes ein vitales Interesse an kinderreichen Familien hat. Dazu kann die Ehe natürlicherweise beitragen. Nur deshalb sind Sonderregelungen für Ehepaare durch den besonderen Schutz der Verfassung rechtmäßig. Als das Bundesverfassungsgericht vor einiger Zeit aber das Ehegattensplitting auf eingetragene Lebenspartnerschaften ausgedehnt hat, hat es aber eine gänzlich andere Interpretation vertreten. Familiengründung und das Zeugen von Kindern spielten keine Rolle, sondern allein die scheinbare Diskriminierung mit der Ehe stand im Fokus. Aber ist es wirklich eine Benachteiligung, wenn ein gleichgeschlechtliches Paar, das der Natur gemäß keine Kinder bekommen kann, nicht dasselbe Recht wie ein gleich-

## „Was ist die Ehe heute noch wert?“

geschlechtliches Paar, das dieses Recht nur aufgrund seiner Natur gemäßen Möglichkeit zur Zeugung von Nachkommen hat, erhält? Ich widerspreche somit dem Bundesverfassungsgericht ganz klar. Eine eingetragene Lebenspartnerschaft ist ihrem Wesen nach eben nicht gleichzusetzen mit einer Ehe zwischen Mann und Frau. Die Partnerschaft als solche reicht allein nicht aus, um den besonderen Schutz des Staates zu begründen. Ansonsten könnten Lebensgemeinschaften aller Art, angefangen bei Studenten-WGs bis hin zu Altersheimen, staatliche Sonderleistungen verlangen.

Es bleibt daher zu hoffen, dass das Ehegattensplitting langfristig in ein Familiensplitting umgebaut wird. Politische Willensbekundungen, Kinder zu fördern, gab es in den letzten Wochen genügend. Grundsätzlich ist dieser Ansatz nicht verkehrt, aber er scheint mir doch an dem grundlegenden Problem in unserer Gesellschaft vorbei zu zielen. Es ist unbestritten, dass Kinder in Deutschland so stark gefördert werden wie noch nie. Angefangen bei der Betreuung der Kleinsten über Ganztagschulen bis hin zu Ausbildung und Studium unterstützt der Staat junge Menschen mit enormen Summen, sodass man sich manchmal fragen kann, wie frühere Generationen ohne diese „für das Kindeswohl absolut notwendigen“ Maßnahmen überhaupt aufwachsen konnten? Ich denke, dass nicht die Förderung von bereits geborenen Kindern das Problem ist, sondern die Geburten an sich.

Der Hauptgrund, wieso wir in Sachsen-Anhalt über Schulschließungen, Gebietsreformen, Kürzungen bei Kultur, Universitäten, Feuerwehren usw. reden, ist, dass die Zahl der Lebendgeborenen in unserem Bundesland von 31.000 im Jahr 1990 auf 16.000 im vergangenen Jahr abgenommen hat und ein weiterer Rückgang auf 9.000 im Jahr 2025 zu erwarten ist. Es ist die große Zukunftsfrage der Politik, wie dieser Bevölkerungsrückgang bewältigt werden kann. Eine Patentlösung gibt es dafür leider noch nicht. Ich plädiere aber sehr dafür, sich in den politischen Debatten nicht mit (durchaus nachvollziehbaren) Interessen einer sehr kleinen Minderheit zu verzetteln, sondern den gesamten Staat im Blick zu behalten.

Die Interessen der absoluten Mehrheit der Menschen in Deutschland müssen im Mittelpunkt der Politik stehen. Die Familien sind die Grundlage unserer Gesellschaft. Eltern, die nicht nur arbeiten gehen, sondern vor allem Kinder – die zukünftige Generation – aufziehen, müssen viel stärker unterstützt werden. Die Politik der nächsten Jahre muss darauf ausgerichtet sein, dass sich mehr junge Paare für Kinder entscheiden. Mir, als junger Mann mit 23 Jahren, steht die Entscheidung für eine Familie noch bevor. Ich kann daher die Ängste und Befürchtungen junger Menschen nachvollziehen, die der Realisierung des Kinderwunsches entgegen stehen. Die Ehe kann dabei helfen, dass aus dem Zweifel schließlich ein Ja zur Familie wird. Die Verlässlichkeit, Treue und das gegenseitige Versprechen der künftigen Eltern füreinander einzustehen und zu sorgen, ist eine wichtige Voraussetzung für ein gelungenes Familienleben.

Ich schließe daher mit Worten Martin Luthers: „Kinder sind das lieblichste Pfand der Ehe, sie binden und erhalten das Band der Liebe.“

Florian Zobel

**„Kinder  
sind das  
lieblichste  
Pfand der Ehe,  
sie binden  
und erhalten  
das Band der  
Liebe.“**

## „Bericht zur 49. Bundestagung des EAK am 7.6.13 im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin“

„Der Zusammenhalt Europas ist ein mühsam Geschäft, aber dennoch eine Erfolgsgeschichte.“

Die Tagung stand unter dem Thema „Das zukünftige Verhältnis von Kirche und Staat“. In den Grußworten äußerten sich die Verfasser darüber, "dass bestimmte Gruppen in der politischen Diskussion jede Gelegenheit nutzen, ihre Vorurteile gegen die Kirche zu schüren" (Prof. Dr. Wulff) oder wie MdB Hans-Georg von der Marwitz, der in Brandenburg die Eindämmung der Vielfalt im Bildungswesen auf dem Hintergrund einer säkular orientierten Landespolitik sieht. Auch MdB Philipp Mißfelder bemerkt, dass „unter dem Vorwand der Säkularisierung des Staates die Parteien des linken Spektrums versuchen, die Glaubensgemeinschaften und ihre Werte und Ansichten aus dem öffentlichen und sozialen Leben zu verdrängen“.

Eine Beilage zu den Tagungspapieren („Die Grünen und ihr Verhältnis zur Kirche“) war eine sehr aufschlussreiche Zusammenfassung ihrer Ziele. Nach der Eröffnung der Tagung folgte eine Andacht von Pastor Peter Jörgensen. Sein zentraler Satz war „Mein Verhältnis zu Gott bedingt mein Verhalten zu den Anderen“.

Die Rede von MdB Thomas Rachel bewegte sich um die christlichen Wurzeln Europas. An den Aussagen von Prof. Huber, dass Europa an drei Hauptstädten festzumachen sei, Jerusalem steht für den jüdisch-christlichen Glauben, Athen für die Philosophie und Rom für das Recht, entwickelte er die Grundlagen, die auch für den EAK Richtschnur sind.

Anschließend war die Wahl des Bundesvorsitzenden, der Stellvertreter und der Beisitzer. Thomas Rachel bleibt Vorsitzender (96 % der Stimmen). Als Stellvertreter wurden Christine Lieberknecht (Ministerpräsidentin von Thüringen, 96 % der Stimmen), Hans-Michael Bender (Rechtsanwalt, 88 %), Dieter Hackler (Ministerialdirektor, 88%), Christine Schmidt (MdB, 78 %) und Norbert Kartmann (MdL, 75 %) gewählt. Unter den gewählten 16 Beisitzern befand sich auch Prof. Dr. Merbach unseres

Landesvorstandes. Er erhielt von den abgegebenen 72 Stimmen 66. (Die Stimmzahl bewegte sich zwischen 53 und 69). Die Rede von Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel knüpfte an das Thema von Thomas Rachel an, indem sie auf den von Theodor Heuß vorgeschlagenen Grundbezug der Verfassung der Bundesrepublik im Artikel 1 der Verfassung verwies (ethischer Gottesbezug). Auf Böckenförde fußend äußerte die Bundeskanzlerin, dass der Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Voraussetzungen müssen heute wieder begründet werden. Dazu gehört auch ein klares „Ja“ zum Religionsunterricht für Muslime. Wir Europäer (7 % der

Weltbevölkerung, BRD 1 %) können nicht davon ausgehen, dass die Welt unseren Artikel 1 ebenso sieht. In der Christenverfolgung sieht die Bundeskanzlerin eine Missachtung der Menschenrechte. Der Zusammenhalt Europas ist ein mühsam Geschäft, aber dennoch eine Erfolgsgeschichte. In Europa streite man sich über alles, aber nicht um die Menschenrechte. In der Bundesrepublik ist die Bildung unser Schatz.

Dieser muss Vorrang genießen. Die größte Herausforderung ist der demografische Wandel, und das dabei Migranten mitgenommen werden müssen, ist eine besondere Aufgabe. Noch nicht gelungen ist uns, eine Vermögensbildung der Arbeitnehmer zu entwickeln. Nur durch eine gerechte Welt ist auch in Deutschland Recht zu schaffen (USA Bankpleiten 2005, wir waren nicht schuld, aber betroffen).

Den Hauptvortrag hielt Prof. Dr. Hans Heinig. Sein Thema: „Wie organisieren wir religiöses Recht und Religionsfreiheit im 21. Jahrhundert?“. Wenn Säkularisierung als Normalfall betrachtet wird, dann wird Folgendes in Frage gestellt: Vorwürfe gegen geltendes Recht: 1. Es ist zu alt und vor allem auf Kirche zugeschnitten.



## „Bericht zur 49. Bundestagung des EAK am 7.6.13 im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin“

2. Reichweite der Religionsfreiheit muss enger gestaltet werden. 3. Religionsrecht und damit verbundene Klagen, Ungleichbehandlung, Politik muss eingreifen. 4. Zunehmender Anteil nichtchristlicher Ideologien und Religionen. Der Punkt 1 gilt für alle Verfassungsstaaten. Durch den Westfälischen Frieden ist das Recht auf Religionsfreiheit wieder hergestellt. Die verfassungsgebende Versammlung der Weimarer Republik 1919 legte das bis heute geltende Recht fest. Nach dem Grundgesetz ist die christliche Kirche anderen Denominationen gleichgesetzt. Seit 1949 sind Kirche und Staat auf Augenhöhe (1949 dominierte kirchentendierte Sicht). Der zunehmende Wandel bedingt Mehrheitsentscheidungen. In Deutschland sind bereits ein Drittel der Bevölkerung Atheisten und Konfessionslose, wobei sich der Atheismus sehr aggressiv zeigt. Schleiermacher meinte, dass Kirchenfeindlichkeit keine neue Kirche schafft. Allgemein hat eine Verdrängung der Kirche aus dem öffentlichen Raum begonnen. Mit der verlierenden Bindungskraft nimmt auch die Unterstützung der Kirche ab. Die Aufklärung zeigt ihre Folgen in dem Glauben an die Machbarkeit durch die Naturwissenschaften. Der Grundsatz, dass Religionsfreiheit vor Kulturfreiheit geht, gilt weiterhin. Der Islam ist als Problem lange Zeit vernachlässigt worden. Die von Dr. Schäuble initiierten Islamkonferenzen haben Bewegung in die Sache gebracht. Ein noch ausstehendes Problem ist die Anerkennung der Gemeinschaft als Status körperlichen Rechts, da der Staat eine hinlängliche Selbstorganisation der Gemeinschaft (Bringschuld der Gläubigen) verlangen muss.

Holm Dietze

„Der Grundsatz, dass Religionsfreiheit vor Kulturfreiheit geht, gilt weiterhin.“

## „34. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Hamburg - eine individuelle Nachlese“

Wie alle seine Vorgänger war auch der 34. Deutsche Kirchentag ein herausragendes gesellschaftspolitisches und medienwirksames Ereignis, das Besucher (darunter auch junge Menschen) in Scharen anzog (11946 Dauerteilnehmer, davon 4796 aus dem Ausland, sowie 35322 Tagesgäste).<sup>1)</sup> Er zeigte, dass trotz der zunehmenden Säkularisierung Christen in Deutschland nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Kraft darstellen. Neben Fragen des christlichen Glaubens thematisierte dieser (wie frühere) Kirchentag(e) auch gesellschaftspolitische Themen, die sich entsprechend dem Motto „So viel du brauchst“ (2. Moses 16, 18) auf den Schwerpunkt „Soziale Gerechtigkeit“ konzentrierten. Es nimmt daher nicht Wunder, dass viele Spitzenpolitiker und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bei Vorträgen und Bibelarbeit aktiv daran



teilnahmen. Auch der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU nutzte auf einem zahlreich besuchten Empfang am 1.5.2013 in der Handwerkskammer Hamburg die Gelegenheit, mit Vertretern von Kirchen und Politik (Redner: Thomas Rachel, MdB, EAK - Bundesvorsitzender, Prof. Dr. G. Robbers, Präsident des 34. Deutschen Kirchentags, Dr. U. v. d. Leyen, MdB u. Bundesministerin für Arbeit und Soziales, N. Schneider, EKD – Ratsvorsitzender) in das Gespräch zu kommen. Angesichts der überwältigenden Fülle des Angebots (mehr als 2500 Veranstaltungen, darüber hinaus zahlreiche Informationsstände, also „mehr, als ich brauchte“, <sup>2)</sup>): Anmerkung des Verfassers ) kann die vorliegende „Nachlese“ nur einen sehr individuellen Ausschnitt des Kirchentages bieten, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Ausgewogenheit

„Der Kirchentag zeigte, dass trotz der zunehmenden Säkularisierung Christen in Deutschland nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Kraft darstellen.“

## „34. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Hamburg - eine individuelle Nachlese“

„Die politischen Grundaussagen (zumindest der Wortführer und des öffentlichen Echos) orientierten sich eher an linksgrünen Positionen.“

„Mahnte Bundespräsident Gauck auch die eigene Verantwortlichkeit an: „dass man lernt, an sich selbst Erwartungen zu stellen, also nicht zu sagen, du, Gesellschaft, musst es machen“

erhebt. Wer sich auf den Rhythmus des Kirchentages (Morgen-, Mittags-, Abend- u. Nachtgebet) einlassen konnte und das Angebot an Bibelarbeiten, Singestunden, Vorträgen und gottesdienstlichen Werkstätten wenigstens anteilmäßig wahrgenommen hatte, konnte „ermutigende und den Glauben stärkende Erfahrungen“<sup>2</sup>) machen, „Lust am Christsein“<sup>3</sup>) sowie viel Fröhlichkeit und entspannte Tage erleben. Die Veranstalter verzichteten bewusst weitgehend auf einheitliche Vorgaben (siehe aber unter Punkt 5) und setzten statt dessen auf Vielfältigkeit<sup>4</sup>). Insbesondere (aber nicht nur) auf dem Markt der Möglichkeiten gab es neben vielem Wichtigem und Wertvollen auch Skurriles und Obskures, so dass jeder Besucher seine Grenzen selbst zu ziehen hatte. Gleichzeitig vermittelte der Kirchentag aber auch starke gesellschaftspolitische Impulse und war so nach den Worten des EKD – Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider „Kraftquelle und Kreativstätte zugleich, in der wir in vielfältiger Weise über das rechte Maß unserer Bedürfnisse nachgedacht haben“<sup>5</sup>). Dabei lag der Schwerpunkt konsequenterweise bei sozialpolitischen Aspekten, nämlich „dass Zeichen gesetzt“ werden „für soziales Miteinander, eine gute und anständig bezahlte Arbeit, Barrierefreiheit und Inklusion, für interreligiöses Miteinander“ (Kerstin Griese, Kirchenbeauftragte der SPD)<sup>5</sup>), und es wurden „innerweltliche Reformen“ angemahnt. Die politischen Grundaussagen (zumindest der Wortführer und des öffentlichen Echos) orientierten sich eher an linksgrünen Positionen. Dies zeigte sich zunächst in grundsätzlicher Kapitalismuskritik. Beispielsweise tadelte C. Jansen in ihrem Vortrag „Banken und Beichte – Schulden und Vergeben“ in der Auslegung des „Gleichnisses von den anvertrauten Pfunden“ (Matthäus 25, 14 – 30) die ersten beiden Knechte, die das ihnen geliehene Geld vermehrt hatten, als „gnadenlose Ausbeuter der armen Bevölkerung“, während sie den dritten Knecht, der das Vermögen vergraben hatte, als Vorbild lobt, weil er sich „weigert, bei diesem Ausbeutungsprogramm mitzumachen“<sup>6</sup>). Kritik an den gescheiterten, menschenverachtenden Sozialismusexperimenten des vorigen Jahrhunderts findet man dagegen an keiner

Stelle. Weiterhin war der vielstimmige Ruf nach dem starken, fürsorglichen Staat nicht zu überhören, der die „Reichen“ in die Pflicht nehmen und die Finanzen zugunsten der Sozialpolitik, des Umweltschutzes, der Nachhaltigkeit, der Flüchtlinge etc. umverteilen solle. „Einfach gegen Krieg sein, gegen Ungleichheit, gegen Umweltzerstörung. Das tut so gut“<sup>7</sup>). Diese und andere ökopazifistische Gutmenschenromantik und Nachhaltigkeitsrhetorik gab es zuhauf. Erfreulicherweise waren auch einige andere Stimmen zu hören, die sich von der sozial- und umweltpolitischen Empörungshaltung distanzieren. Beispielsweise mahnte Bundespräsident Gauck auch die eigene Verantwortlichkeit an (Zitat): „dass man lernt, an sich selbst Erwartungen zu stellen, also nicht zu sagen, du, Gesellschaft, musst es machen“<sup>8</sup>). Die Pastorin A. Gideon versagte sich die übliche Idylle von der allzeit harmonischen, vermeintlich nur durch Naturschutz zu bewahrenden Schöpfung, denn „das Leben bleibt unübersichtlich, die Natur zeigt die Zähne trotz Regenbogens. Das Leben ist nicht“ (immer) „gerecht“<sup>7</sup>). Bedenklich stimmte auf dem Kirchentag die verschiedentlich zu Tage getretenen „Sowohl- als- Auch“ – Ideologie (im Klartext Beliebigkeit) und die Aufweichung des Toleranzbegriffes (statt Duldung nun Akzeptanz!) in religiösen und ethischen Fragen. In interreligiösen Dialoggesprächen wurden vielfach kontroverse und kritische Fragen ausgeklammert und im Sinne des kleinsten gemeinsamen Nenners Konsens demonstriert<sup>9</sup>). In die gleiche Richtung deutete die Verwischung von Religionsunterschieden z. B. bei der „Konzelebration“ beim Abschlussgottesdienst. Offensichtlich schien den Verantwortlichen der Unterschied zwischen innerchristlicher Ökumene und interreligiösem Dialog nicht klar gewesen zu sein. In diesem Zusammenhang sei auf Johannes 14, 6 hingewiesen, wo es heißt: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben, niemand kommt zum Vater denn durch mich“. Theologisch jedenfalls ist z.B. das gemeinsame Gebet von Christen und Muslimen nicht begründbar<sup>10</sup>). Dazu passt, dass es bezeichnenderweise keine Veranstaltungen (außer der Präsenz auf dem Markt der Möglichkeiten) gab, im atheistischen Umfeld missionarisch zu Jesus

## „34. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Hamburg - eine individuelle Nachlese“

Christus einzuladen (Mission in der postmodernen Gesellschaft!). Noch seltsamer nimmt sich die Einladung zur Gotteslästerung (Vortrag Schroeter - Witthe) aus (Zitat): „Wenn man theologisch etwas zur Blasphemie verlautbaren will, dann allenfalls dies: Blasphemien sind geboten, um unsere Fixierungen (unsere Erfahrungen) auf und von Gott zu lösen. Die Evangelische Kirche begrüßt daher freudig alle Formen von Blasphemie, insbesondere diejenigen, die ihr selber wehtun“<sup>6)</sup>. Sehr deutlich wurde auf dem 34. Deutschen Kirchentag die Abkehr von der klassischen Familie (Ehe mit Kindern), wie das jüngst auch in der Orientierungshilfe des Rates der EKD bekräftigt worden ist. Dazu zwei Beispiele: E. Wollrad (Hannover) plädierte in einer Diskussion „Was ist gerecht in Sachen Geschlecht: Frauen, Männer, Gender oder ganz neue Wege“ – allerdings unter Widerspruch von A. Henz (Bielefeld) - für die Beziehungsvielfältigkeit einschließlich polyamoröser Partnerschaften. Die Hamburger Bischöfin Fehrs führte in einem Gottesdienst folgendes aus „Kann denn Liebe Sünde sein? Nein! Wir sind halt wunderbar gemacht. Wunderbar verschieden. Anders lebend. Anders denkend. Anders liebend. Frau zu Trans, Mann zu Mann, Frau zu Frau. Und dann ist auch der Hund noch schwul.....In unseres Vaters Haus sind viele Wohnungen. Ja, in der Tat: so viel du brauchst“<sup>6)</sup>. Mit dem Motto des Kirchentages hat das wohl nur wenig zu tun. Nun kann man sicher der Auffassung sein, die geschilderten Zitate seien durch die pluralistische und tolerante Verfasstheit der EKD bedingt und daher auch zu ertragen (tolerieren), wenn da nicht die Veranstalter in einigen Fällen selbst davon abgewichen wären. Dies sei im Folgenden beispielhaft veranschaulicht. Den „messianischen Juden“ (also Juden, die an Jesus als Messias glauben) wurde ein Stand auf dem Markt der Möglichkeiten verwehrt, so dass sich der Bischof der Selbständigen Evangelischen Kirche (SELK) zu der Frage veranlasst sah, ob der Apostel Paulus (bekanntlich ein Jude) heute einen Platz auf dem Kirchentag bekäme. <sup>(11)</sup> Vergebens suchte man auf dem Kirchentag nach einer angemessenen Würdigung der Bedrückung der Kirchen und des christlichen Widerstand in der

DDR in den Jahren vor 1953, obwohl sich doch das Datum des Volksaufstandes des 17. Juni 1953 in diesem Jahr zum 60. Mal jährte <sup>(12)</sup>. Obwohl Vertreter von Lebensrechtsorganisationen auf dem Markt der Möglichkeiten anwesend waren, gab es keine Veranstaltung zum Thema Abtreibung im Sinne des Schutzes des ungeborenen Lebens von Anfang an. Es blieb dem Bundespräsidenten Gauck vorbehalten, dieses Thema in einer Podiumsveranstaltung anzusprechen (Zitat): „Leben hat ein Recht auf Dasein, und zwar von Anfang an. Wir haben abgetrieben, wenn es überhaupt keinen Grund gab, abzutreiben.“ <sup>(13)</sup> Die viel gepriesene Pluralität des Kirchentages endete offenbar zuweilen dort, wo „andere Christen in ihrer Bindung an Schrift und Gewissen besonders hinschauen“<sup>2)</sup> oder Meinungen dem „Zeitgeist“ widersprachen. Der 34. Evangelische Kirchentag hatte ein widersprüchliches Gesicht. Einerseits vermittelte er als ein fröhliches, buntes Glaubensfest einen „reichen Schatz an geistlichen Erfahrungen“ (Diener), war „Kraftquell und Kreativstätte zugleich“ (Schneider) und versuchte daraus, Schlussfolgerung für eine gerechtere Gesellschaft abzuleiten. Andererseits wäre ihm und uns eine noch stärkere Hinwendung auf das Evangelium als die Mitte unseres Glaubens zu wünschen gewesen. In religiösen und ethischen Grundfragen dürfte leider die Tendenz zur zeitgeistgerechten Beliebigkeit und Konsenssucht so manchen Besucher irritiert haben. Unter solchem Vorzeichen wird ein selbstbewusster Dialog mit anderen Auffassungen in unserer Gesellschaft nur schwer zustande kommen.

Prof. Dr. habil. Wolfgang Merbach

1. zit. aus idea- Spektrum Nr. 19 (2013), S. 12
2. aus M. Diener, idea- Spektrum Nr. 19 (2013), S. 16 – 17
3. H. Bedford – Strohm, zit. nach idea - Spektrum Nr. 19 (2013), S. 11
4. vgl. R. Bingener: Evangelisches Reformhaus, FAZ 4. 5. 2013
5. zit. nach idea- Spektrum Nr. 19 (2013), S. 11
6. K. Huhn: Jeder findet in der Bibel anderes, idea-Spektrum Nr. 19 (2013), S. 20-21
7. aus Cicero, zit. nach W. Göll, Bayernkurier v. 11. 5. 2013
8. M. Kamann: Gemüt statt Politik, Die Welt v. 3. 5. 2013, S. 8
9. K. Huhn: Wenn der muslimische Vorbeter ruft, idea – Spektrum Nr. 19 (2013), S. 22- 23
10. K. Bedmann: Gemeinsam mit Muslimen beten? Evang. Verantwortung 1+2 (2013), S. 10 – 12
11. M. Pankau: Dürfte Paulus nicht auf den Kirchentag? idea-Spektrum Nr. 19 (2013) S. 18 – 20
12. K. Knolle: 17. Juni 1953 – Ein fast vergessener Jahrestag, Evang. Verantwortung 5+6(2013), S. 8-9
13. zit. nach idea - Spektrum Nr. 19 (2013), S. 13

„In religiösen und ethischen Grundfragen dürfte leider die Tendenz zur zeitgeistgerechten Beliebigkeit und Konsenssucht so manchen Besucher irritiert haben.“

## „EKD—Info zur Kirchenstatistik“

	<b>Kirchenmitglieder</b>	<b>Kirchen- gemeinden</b>	<b>Trauungen</b>	<b>Austritte</b>
Anhalt	42 068	146	72	136
Baden	1 252 395	524	3 032	7 304
Bayern	2 531 590	1 540	5 878	16 645
Berlin/ Branden- burg/ Oberlausitz	1 074 792	1 359	1 353	9 942
Braunschweig	374 977	406	788	2 384
Bremen	221 042	64	348	1 969
Hannover	2 839 792	1 439	6 139	16 426
Hessen/ Nassau	1 701 861	1 168	3 932	10 545
Kurhessen- Waldeck	895 185	851	1 976	3 440
Lippe	179 541	69	349	717
Mitteldeutschland	823 060	2 288	1 888	4 788
Nordkirche	2 257 646	1 039	4 579	19 694
Oldenburg	443 285	117	849	3 032
Pfalz	568 148	423	1 308	3 009
Reformierte Kirche	177 347	143	328	604
Rheinland	2 769 637	743	4 876	14 747
Sachsen	763 725	770	1 344	4 661
Schaumburg Lippe	56 780	22	115	211
Westfalen	2 456 233	522	4 050	9 601
Württemberg	2 190 544	1 374	5 194	11 642
EKD Insgesamt	23 619 648	15 007	48 398	141 497

31.12.2011 EKD

**Impressum****Herausgeber:**

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt

**Verantwortliche Redakteure:**

Jürgen Scharf MdL, Manuel Rupsch

**Texte:**

Manuel Rupsch, Jürgen Scharf, Florian Zobel, Holm Dietze, Prof. Dr. Wolfgang Mehrbach

**Bilder:**

Gemeinfrei bzw. Genehmigungen liegen vor

**Stand: Juli 2013**

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.